

Absender:

Fraktion der Piratenpartei im Rat der Stadt

15-00309
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Smart-City Braunschweig - Änderungsantrag zu DS 15-00013

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.06.2015

Beratungsfolge:

		Status
Wirtschaftsausschuss (Vorberatung)	26.06.2015	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	09.07.2015	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.07.2015	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.07.2015	Ö

Beschlussvorschlag:



Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, in Zusammenarbeit mit

- Forschungseinrichtungen,
- dem örtlichen Einzel- und Fachhandel,
- dem örtlichen Tourismusgewerbe,
- weiteren Gewerbetreibenden,

ein Konzept und einheitliche Standards zu erstellen, die eine Entwicklung der Stadt Braunschweig zu einer digitalen "Smart-City" ermöglichen. Unter Verwendung dieser Standards sollen außerdem mittelfristig konkrete Endnutzeranwendungen für mobile Endgeräte in folgenden Anwendungsbereichen geschaffen werden:

- Parkplatzsuche und -bezahlung
- ÖPNV-Verbindungssuche, -nutzung und -bezahlung
- Belegung, Nutzung und Bezahlung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahräder, -busse und -autos
- Nutzung und Bezahlung von Car-, Bikesharing- und Autovermietungsdiensten
- Zahlung städtischer Gebühren
- Historische und touristische Führungen
- Veranstaltungskalender sowie Ticketbezahlung (Kino, Theater, Konzerte etc.)
- Wegweisung und Produkt(kategorien)suche für den Einzelhandel und die Gastronomie
- Buchung und Wegweisung von Hotels, Pensionen, Jugendherberge etc.
- Allgemeine Wegweisung zu öffentlich zugänglichen Einrichtungen (Einwohnermeldeamt, Schwimmbäder, Bibliothek etc.)
- Nutzer-generierte Inhalte mit Orts- oder Stadtbezug
- Ideen- und Beschwerdemanagement für öffentliche Einrichtungen

Die bereits beschlossenen Anträge zu kostenlosem WLAN und mobilem Bezahlen in Braunschweig sind als Grundlage der oben genannten Dienste einzubeziehen. Das Konzept soll einen Umsetzungszeitplan für einzelne konkrete Maßnahmen enthalten und diese nach dem erzielbaren Mehrwert für die Menschen im täglichen Leben priorisieren.

Begründung:

Wie die CDU schon schrieb: Braunschweig braucht clevere, intelligente und elegante, eben smarte Lösungen für die Menschen dieser Stadt, die eine Strahlkraft auch über die Grenzen Braunschweigs hinaus entwickeln. Dies betrifft den Bereich Mobilität genauso wie viele andere (Informations-)Dienstleistungen an denen ein reger Bedarf besteht.

Die Körperschaft Stadt Braunschweig kann dabei jedoch unmöglich alleine die besten Lösungen konzipieren, entwickeln und testen. Vielmehr wird es darauf ankommen ein attraktives Rahmenwerk zu schaffen, in dem sich viele Institutionen und Akteure beteiligen können. Denn nur so werden die individuellen Bedarfe der unterschiedlichen Nutzergruppen optimal bedient werden können. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass diese Lösungen untereinander sinnvoll zusammenhängen, unnötige Doppelarbeit vermieden wird und keine Insellösungen entstehen.

Die Aufgabe der Stadt muss es daher sein, einheitliche Standards zu schaffen ggf. auch zu verhandeln, auf denen aufbauend verschiedene technische Produkte miteinander interagieren können.

Sowohl auf Seiten der Dienstleistungsanbieter als auch auf Seiten der Nutzer gibt es unterschiedliche Ziele und Möglichkeiten. Um beim Beispiel Mobilität zu bleiben: Die Verkehrs-GmbH wird ihre Fahrplandaten sicherlich automatisch zur Verfügung stellen und aktualisieren wollen, wohingegen z.B. spontane Mitfahrgelegenheiten im Einzelfall eingegeben werden. Dem potentiellen Nutzer der Mobilitätsangebote müssen trotzdem beide einheitlich und zusammen präsentiert werden, um eine einfache und spontane Auswahl zu ermöglichen. Je nach Nutzer muss das auf dem PC, dem Smartphone, in einem Assistenzsystem oder demnächst auch auf der Armbanduhr oder der Augmented-Reality-Brille geschehen. Die einzig erfolgversprechende Option ist daher, die Entwicklung individueller Angebote der freien Wirtschaft und Open-Source Entwicklern zu überlassen. Lediglich einige Rumpfangbote sollen durch die Verwaltung beauftragt werden, um eine Implementierung der einheitlichen Standards (und damit die Nutzung der durch diese Rumpfangbote bereitgestellten Daten) tatsächlich attraktiv zu machen.

Im Bereich Bezahlung ist grundsätzlich auch eine (mit-)Nutzung virtueller Währungen wie Bitcoin prüfenswert, die eine direkte Bezahlung von Nutzer zu Dienstleister ermöglicht - und genau wie Bargeld den Abfluss von Wirtschaftsleistung an Zahlungsdienstleister überflüssig macht.

Die Einbindung von Einzelhandel- und Tourismusgewerbe kann gleichzeitig ein sehr attraktives Informationsangebot für Besucher und Bewohner der Stadt bilden und zur (Teil-)Finanzierung gemeinsam betriebener Infrastruktur und Konzeptentwicklung beitragen.

Anlagen:

keine